



2005/041

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

Vom 1. Februar 2005

Inhalt	Seite		Seite
1 Einleitung			
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion	
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate	4
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen	6
2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate	7
- 2.2.2 Motionen	2	- 3.2.2 Motionen	8
2.3 Bau- und Umweltschuttdirektion		3.3 Bau- und Umweltschuttdirektion	
- 2.3.1 Postulate	2	- 3.3.1 Postulate	9
- 2.3.2 Motionen	3	- 3.3.2 Motionen	12
2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion		3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	
- 2.4.1 Postulate	3	- 3.4.1 Postulate	12
- 2.4.2 Motionen	3	- 3.4.2 Motionen	13
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	
- 2.5.1 Postulate	3	- 3.5.1 Postulate	13
- 2.5.2 Motionen	3	- 3.5.2 Motionen	13
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht	
- 2.6.1 Postulate	4	- 3.6.1 Postulate	14
- 2.6.2 Motionen	4	- 3.6.2 Motionen	14
4 Anträge			14

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2004** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2003** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 2000/214; Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen; überwiesen am 13/12/2000;

Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung auf eidgenössischer Ebene kann dieses Postulat abgeschrieben werden.

2.1.1.2 2000/223; Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000; überwiesen am 13/12/2000;

Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung auf eidgenössischer Ebene kann dieses Postulat abgeschrieben werden.

2.1.1.3 2002/325; Postulat von Robert Ziegler vom 11. Dezember 2002: Verwirkungsfrist bei der Prämienverbilligung gemäss KVG; überwiesen am 18/09/2003;

Das Geschäft wurde mit der Vorlage "Änderung des EG KVG zur Umsetzung des Kantonsgerichtsurteil betreffend Verwirkungsfrist in der Prämienverbilligung" (2004/150) erfüllt. Das Postulat soll daher abgeschrieben werden.

2.1.2 Motionen

2.1.2.1 1988/005; Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für

einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter; überwiesen am 13/11/1989
Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung auf eidgenössischer Ebene kann diese Motion abgeschrieben werden.

2.1.2.2 1988/006; Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge); überwiesen am 13/11/1989

Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung auf eidgenössischer Ebene kann diese Motion abgeschrieben werden.

2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 2001/036; Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen; überwiesen am 26/04/2001

Der Tierschutz ist durch Bundesrecht geregelt. Ein Verbandsklagerecht muss somit auf Bundesebene und nicht kantonal verankert werden. Eine Revision des Tierschutzgesetzes ist zur Zeit in den eidgenössischen Räten in Beratung. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 1990/136; Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein; überwiesen am 13/05/1991

Die durchgeführte hydrologische Untersuchung hat keine eindeutigen Resultate bezüglich der Machbarkeit einer Revitalisierung ergeben. Durch Feldversuche wurde ermittelt, dass die Revitalisierung mit Auflagen ausgeführt werden kann. Das entsprechende Bauprojekt liegt vor. Grundeigentümer stellen das notwendige Land z.Z. nicht zur Verfügung. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.2 1991/195; Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe; überwiesen am 01/02/1993

Mit RRB Nr.1872 vom 19. November 2002 wurde die

BUD beauftragt, Raumressourcen für die Berufsfachschule Gesundheit mittel- und langfristig zur Verfügung zu stellen und dafür besorgt zu sein, dass die im Investitionsprogramm definierte Terminplanung eingehalten werden kann. Dabei sollte kurzfristig die Miete von Räumlichkeiten (ab 2005) und langfristig der Bau einer Berufsfachschule Gesundheit in Angriff genommen werden. Die Evaluation der möglichen, kurzfristig zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten hat ergeben, dass keine bezugsbereiten Liegenschaften zur Verfügung stehen und somit auch für Einmietungen erhebliche Investitionen getätigt werden müssen. Mit RRB Nr.126 vom 20. Januar 2004 wurde das Hochbauamt beauftragt die Planung betreffend Einmietung der Berufsfachschule an die Hand zu nehmen. Die langfristige Mietlösung für eine definitive Unterbringung der Berufsfachschule Gesundheit im Spenglerareal in Münchenstein wurde auf das Sommersemester 2004 umgesetzt. Die Räume sind bezogen, der Schulbetrieb aufgenommen. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.3 1995/230; Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen; überwiesen am 05/02/1996

Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantonsstrassen in erhaltenen Ortskernen in Zusammenarbeit mit dem IVT der ETH-Zürich ist abgeschlossen. Der entsprechende Bericht wurde der Bau- und Planungskommission mit Schreiben vom 10. Dezember 2004 übermittelt. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.4 1999/130; Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen; überwiesen am 11/11/1999

Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantonsstrassen in erhaltenen Ortskernen in Zusammenarbeit mit dem IVT der ETH-Zürich ist abgeschlossen. Der entsprechende Bericht wurde der Bau- und Planungskommission mit Schreiben vom 10. Dezember 2004 übermittelt. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.5 2000/132; Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln; überwiesen am 21/09/2000

Der Lärmschutz entlang der SBB-Linien in Pratteln wird zur Zeit umgesetzt, d.h. Bau von Lärmschutzwänden und Einbau von Schallschutzfenster. Voraussichtlicher Abschluss der Massnahmen bis Ende 2005. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.6 2002/097; Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Li-

nie zwischen Grellingen und Soyhières; überwiesen am 31/10/2002

Im Hinblick auf den Einsatz des ICN per Dezember 2004 wurden zwischen April 2000 und November 2004 alle neun unbewachten Bahnübergänge auf der Basellandschaftlichen Strecke der Juralinie saniert oder aufgehoben. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.7 2003/046; Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. Februar 2003: Nutzung des Adlertunnels für alle Nacht-Güterzüge; überwiesen am 30/10/2003

Gemäss Schreiben der SBB vom 21. April 2004 nützt die SBB im eigenen Interesse jede Gelegenheit, Güterzüge durch den Adlertunnel fahren zu lassen. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.8 2003/281; Postulat von Dieter Schenk vom 13. November 2003: Schaffung regionaler Verkehrskonferenzen; überwiesen am 22/04/2004

Das Anliegen ist bereits gesetzlich verankert (§12 Abs. 2 OeVG). Regionale Verkehrskonferenzen werden sach-, projekt- und regionsbezogen laufend durchgeführt. Wir beantragen, die Abschreibung des Postulats.

2.3.2 Motionen

Keine.

2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 2001/025; Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes; überwiesen am 23/01/2003

Der Tierschutz ist ein wichtiges Anliegen, jedoch suggeriert der Vorstoss einen Handlungsbedarf, der nicht erwiesen ist. Die Strafverfolgungsorgane sind verpflichtet, Tierschutz-Fachpersonen beizuziehen, wenn sie selbst nicht über die nötige Sachkenntnis verfügen. Viele Verfahren müssen von Gesetzes wegen eingestellt werden, weil die angezeigte Tierschutzverletzung nicht bewiesen werden kann. An diesem Ergebnis kann auch eine Tierschutzanwältin oder ein Tierschutzanwalt nichts ändern, deren Einführung zudem nicht unerhebliche Kostenfolgen nach sich ziehen würde. Dass der Bedarf nach einer solchen Institution nicht zwingend ist, zeigt sich auch daran, dass der Bund entsprechenden Forderungen im Rahmen der Revision der Tierschutzgesetzgebung nicht gefolgt ist. Das Postulat ist abzuschreiben.

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 2004/023; Postulat von Christoph Rudin vom 5. Februar 2004: Einsetzung einer interkantonalen parlamentarischen Begleitkommission Fachhochschule Nordwestschweiz (§ 64 Abs. 3 KV); überwiesen am 06/05/2004

Die Interparlamentarische Begleitkommission hat sich konstituiert und am 29. Oktober 2004 die erste Sitzung abgehalten. Die Kommission setzt sich zusammen aus je 5 ParlamentarierInnen der vier Kantone. Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.5.1.2 2004/025; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Bericht über gemeinsame Trägerschaft der UNI; überwiesen am 06/05/2004

Mit der Vorlage an den Landrat 2004/267 betr. Sonderbeitrag an die Universität Basel unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat einen Zwischenbericht über den Stand der Verhandlungen und beantragt erste Massnahmen im Hinblick auf eine gemeinsame Trägerschaft der Universität per 2007. Mit Beschluss der Regierungen von BL und BS vom 4.1.2005 wurde das weitere Vorgehen in den Verhandlungen konkretisiert (Standards, Projektorganisation) und öffentlich kommuniziert. Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.5.2 Motionen

Keine

2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

2.6.1 Postulate

2.6.1.1 1998/197; Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung; überwiesen am 15/04/1999

Das Postulat wird laufend umgesetzt im Rahmen des Projektes "EFFILEX". Das Postulat kann abgeschrieben werden.

2.6.1.2 2004/015; Verfahrenspostulat von Etienne Morel vom 22. Januar 2004: Für ein rauchfreies Regierungsgebäude!; überwiesen am 06/05/2004

Das Verfahrenspostulat (modifiziert) wird seit der ersten Landratssitzung des Amtsjahres 2004/2005 gemäss Bürobeschluss vom 24. August 2004 umgesetzt. Das Verfahrenspostulat kann abgeschrieben werden.

2.6.1.3 2004/226; Verfahrenspostulat von Karl Willmann vom 9. September 2004: Laufende Aktualisierung und Bekanntgabe der bewilligten Landratskredite; überwiesen am 08/12/2004

Das Verfahrenspostulat wird ab erster bzw. zweiter

Landratssitzung 2005 umgesetzt. Das Verfahrenspostulat kann abgeschrieben werden.

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 1994/226; Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht; überwiesen 16/02/1995;

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.2 1994/242; Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip; überwiesen am 16/02/1995

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.3 1995/066; Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.); überwiesen am 29/05/1995

Aufgrund von neuen prioritären Aufgaben und daraus entstandenen Kapazitätsproblemen mussten die Arbeiten für den Agenturbericht, der dieses Postulat beantwortet, etwas zurück gestellt werden.

3.1.1.4 1995/172; Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen; überwiesen am 15/01/1996

Dieses Anliegen wird mit der Einführung von NEST (Projekt CENSUS) ab 1.1.2005 realisiert. Das Postulat kann nach ersten Erfahrungen im 1. Quartal 2006 bearbeitet werden.

3.1.1.5 1998/041; Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen; überwiesen am 14/05/1998

Dieses Anliegen wird mit der Einführung von NEST (Projekt CENSUS) ab 1.1.2005 realisiert. Das Postu-

lat kann nach ersten Erfahrungen im 1. Quartal 2006 bearbeitet werden.

3.1.1.6 1998/036; Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen; überwiesen am 14/05/1998

Das Postulat wird zusammen mit dem Schlussbericht betreffend WoV bearbeitet. Aufgrund anderer Prioritäten musste die Bearbeitung zurück gestellt werden.

3.1.1.7 1998/153; Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien; überwiesen am 17/12/1998

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.8 2000/036; Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung; überwiesen am 13/04/2000

Die Vorlage wird in diesem Jahr an den Landrat verabschiedet.

3.1.1.9 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Der Landrat hat am 5. Juni 2003 beschlossen, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Vorlage wird dem Landrat im ersten Quartal 2005 überwiesen.

3.1.1.10 2000/187; Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags; überwiesen am 30/11/2000

Der Landrat hat die Beantwortung des Postulats am 4. September 2003 diskutiert. Das Postulat wurde stehen gelassen, weil die Situation am Flughafen Zürich (Auswirkungen Staatsvertrag mit Deutschland, ev. Änderung der Betriebszeiten) und die Auswirkungen auf den Flughafen Basel-Mulhouse unklar gewesen sind. An dieser Situation hat sich grundsätzlich nichts geändert. Die erneute Behandlung des Postulats ist erst dann sinnvoll, wenn die Unklarheiten beseitigt sind.

3.1.1.11 2001/228; Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 21/03/2002

Die Forderung des Postulats wird im Projekt WoV bearbeitet. Aufgrund anderer Prioritäten musste die Bearbeitung zurück gestellt werden.

3.1.1.12 2001/296; Postulat der CVP/EVP-Fraktion

vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt; überwiesen am 31/10/2002

Das Postulat wird zusammen mit der Vorlage über die Ausgabenbremse bearbeitet. Die Landratsvorlage wird voraussichtlich nach den Sommerferien 2005 verabschiedet.

3.1.1.13 2002/033; Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget; überwiesen am 14/11/2002

Das Postulat wird zusammen mit der GAP-Vorlage bearbeitet. Die Vorlage wird im März 2005 an den Landrat überwiesen.

3.1.1.14 2002/069; Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion III" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes; überwiesen am 09/01/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Vorlage über die Ausgabenbremse bearbeitet. Die Landratsvorlage wird voraussichtlich nach den Sommerferien 2005 verabschiedet.

3.1.1.15 2002/146; Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Gezielte Steuerentlastung für AHV-Rentnerinnen und- Rentnern mit kleinem Einkommen; überwiesen am 06/02/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.16 2003/080; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003

Die Landratsvorlage ist in Bearbeitung. Sie soll in der 2. Hälfte 2005 verabschiedet werden.

3.1.1.17 2003/039; Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel; überwiesen am 04/09/2003

Das Postulat wird zusammen mit Postulat 2000/187 "Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags" beantwortet.

3.1.1.18 2003/017; Postulat von Remo Franz vom 23. Januar 2003: Wie kommen die staatlichen Dienstleistungen an?; überwiesen am 18/09/2003

Aufgrund von neuen prioritären Aufgaben und daraus entstandenen Kapazitätsproblemen musste die Beantwortung dieses Postulats etwas zurück gestellt werden.

3.1.1.19 2002/304; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Unternehmensbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.1.20 2002/299; Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Kinderabzug vom Steuerbetrag; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.21 2002/301; Postulat von Urs Wüthrich vom 28. November 2002: Steuerbelastung der Rentnerinnen und Rentner - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.22 2002/308; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Unternehmensbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.1.23 2002/306; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. November 2002: 600 Franken Kinderabzug vom Steuerbetrag; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.24 2002/310; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstückgewinnen; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Unternehmensbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.1.25 2002/309; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen; überwiesen am 30/10/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der

Unternehmensbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.1.26 2003/111; Postulat von Peter Meschberger vom 8. Mai 2003: Vereinfachung des Verfahrens für Steuererlassgesuche von Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfen; überwiesen am 13/11/2003

Das Postulat wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.1.27 2003/120; Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Aufhebung des Verkehrsteuerrabattes; überwiesen am 13/11/2003

Das Postulat wird im Rahmen der Vorlage betreffend Aufhebung Motorfahrzeugsteuer-Rabatt beantwortet.

3.1.1.28 2003/149; Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung; überwiesen am 13/11/2003

Das Postulat wird im Rahmen der GAP-Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.1.1.29 2003/237; Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann; überwiesen am 13/11/2003

Die Landratsvorlage wird in der 2. Hälfte 2005 verabschiedet.

3.1.1.30 2003/119; Postulat von Urs Hintermann vom 22. Mai 2003: Anpassung des Verkehrssteuer-Rabatts; überwiesen am 13/11/2003

Das Postulat wird im Rahmen der Vorlage betreffend Aufhebung Motorfahrzeugsteuer-Rabatt beantwortet.

3.1.1.31 2003/123; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der neue Lohnausweis, Kampf gegen die Bürokratie im KMU-Bereich; überwiesen am 13/11/2003

Das Postulat ist in Bearbeitung und wird im 1. Semester 2005 beantwortet.

3.1.1.32 2002/143; Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung; überwiesen am 06/02/2003

Das Postulat wird zusammen mit der GAP-Vorlage bearbeitet. Die Vorlage wird im März 2005 an den Landrat überwiesen.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Die Motion wird zusammen mit dem kantonalen Familiengesetz bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.2.2 1999/198; Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden; überwiesen am 13/01/2000;

Die Motion wird zusammen mit der Vorlage über die Ausgabenbremse bearbeitet. Die Landratsvorlage wird voraussichtlich im 3. Quartal 2005 verabschiedet.

3.1.2.3 2000/023; Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht; überwiesen am 04/05/2000;

Die Arbeitsgruppe hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der nun in den verwaltungsinternen Mitbericht gegeben wird. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 4. Quartal 2005 vorgelegt.

3.1.2.4 2000/113; Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen; überwiesen am 02/11/2000;

Die Motion wird zusammen mit der Revision der Unternehmensbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2006 vorgelegt.

3.1.2.5 2001/023; Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtchau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft; überwiesen am 22/02/2001

Die Forderungen der Motion wurden in den Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt eingearbeitet. Die Motion wurde mit dem Partnerschaftsbericht nicht abgeschrieben. Die Antwort betreffend Motion wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Quartal 2005 unterbreitet.

3.1.2.6 2001/034; Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten; überwiesen am 05/04/2001;

Die Motion wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.1.2.7 2001/155; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung; überwiesen am 13/12/2001;

Die Motion wird zusammen mit der Revision der Familienbesteuerung bearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im 2. Semester 2005 vorgelegt.

3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 1997/132; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung; überwiesen am 04/12/1997

Die Parlamentsvorlage über einen entsprechenden Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft befindet sich zur Zeit in der externen Vernehmlassung und soll noch im 1. Semester 2005 dem Landrat und dem Grossen Rat unterbreitet werden.

3.2.1.2 1999/245; Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik; überwiesen am 25/11/1999

Im Rahmen einer geplanten Revision des kantonalen Wirtschaftsförderungsgesetzes sollen die Anliegen des Postulates nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine entsprechende Landratsvorlage ist in Vorbereitung.

3.2.1.3 1999/202; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal; überwiesen am 10/02/2000

Eine Evaluation durch ein externes Management-Büro steht kurz vor dem Abschluss. Der Regierungsrat wird danach die erforderlichen Beschlüsse fassen.

3.2.1.4 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Die Frage, ob und in welcher Form ein Kinderbetreuungsangebot für die Mitarbeitenden des Kantons bereitgestellt werden kann, ist weiterhin in Prüfung.

3.2.1.5 2000/243; Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung; überwiesen am 25/01/2001

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.6 2001/007; Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung

des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes; überwiesen am 22/02/2001

Im Rahmen der Landratsvorlage "Entlastungspaket aus der Generellen Aufgabenüberprüfung" (GAP) sollen die Anliegen des Postulates erfüllt werden.

3.2.1.7 2001/070; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen; überwiesen am 31/05/2001

Der Regierungsrat beabsichtigte, das Postulat im Zusammenhang mit der LR-Vorlage 2004/179 "Formulierte Gesetzesinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); KMU-Entlastungsinitiative" als erledigt abzuschreiben. Die landrätliche Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission lehnt aber in ihrem Kommissionsbericht vom 12.11.2004 zum heutigen Zeitpunkt die Abschreibung des Vorstosses mehrheitlich ab. In ihrer Begründung führt sie auf, dass die Standortvorteile nicht nur auf die Regelungsdichte bei den KMU reduziert werden dürften; es gelte auch weitere Standortfaktoren zu beachten. Eine Abschreibung des Postulates soll deshalb erst im Zusammenhang mit einer kommenden Wirtschaftsvorlage, beispielsweise dem nächsten Wirtschaftsbericht, neu diskutiert werden.

3.2.1.8 2001/213; Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion; überwiesen am 13/12/2001

Das Anliegen soll aufgenommen werden im Rahmen der geplanten Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes. Eine entsprechende LR-Vorlage ist in Erarbeitung.

3.2.1.9 2000/260; Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung; überwiesen am 07/02/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.10 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Die Frage, ob und in welcher Form ein Kinderbetreuungsabgebot für die Mitarbeitenden des Kantons gemacht werden kann, ist weiterhin in Prüfung.

3.2.1.11 1999/169; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 17/10/2002

Das Postulat wurde mit der Landratsvorlage 2002/025 zur Abschreibung beantragt. Mit LRB 1714 vom

17.10.2002 folgte der Landrat dem anderslautenden Antrag der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und beschloss, das Postulat stehen zu lassen. Eine Bearbeitung ist erst nach Behandlung der Parlamentsvorlage über die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel vorgesehen.

3.2.1.12 2002/099; Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parks Reinach und ähnlich gelagerter Projekte; überwiesen am 14/11/2002

Die Anliegen des Postulates sollen einfließen in die kommende Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes.

3.2.1.13 2002/250; Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz; überwiesen am 28/11/2002

Im Zusammenhang mit diesem Postulat wurden bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Das Postulat soll deshalb stehen gelassen werden.

3.2.1.14 2002/189; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.15 2002/191; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.16 2002/190; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.17 2002/252; Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten

im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.18 2002/183; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.19 2002/229; Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates werden geprüft im Rahmen des gemeinsamen Strategieberichtes BS/BL zur Spitalplanung, der den beiden Kantonsparlamenten im Laufe des Frühjahrs 2005 unterbreitet werden soll.

3.2.1.20 2002/285; Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal; überwiesen am 10/04/2003

Nach Abschluss der Umbauarbeiten am Haus A im Jahre 2005 wird der Raum der Stille im Haus B der Kantonalen Psychiatrischen Klinik eingebaut. Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretern der SpitalseelsorgerInnen und der KPD, ist bereits an der Planung arbeit.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 2001/065; Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen; überwiesen am 31/05/2001

Die Arbeiten zur Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes sind angelaufen. Eine Landratsvorlage ist im Laufe des 1. Semesters 2005 zu erwarten.

3.2.2.2 2001/130; Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe; überwiesen am 29/11/2001

Das Anliegen der Motion wird im vorliegenden Entwurf zu einer Totalrevision des Gesundheitsgesetzes behandelt.

3.2.2.3 2002/086; Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn; überwiesen am 14/11/2002

Ein Vorprojekt liegt vor. Eine entsprechende LR-Vorlage für einen Planungskredit ist in Arbeit und wird voraussichtlich im Frühjahr 2005 dem Parlament unterbreitet.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; überwiesen am 02/02/1987

Der Kanton Basel-Stadt lehnte es bisher ab, die mit der Linienverlängerung verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Das Postulatanliegen wird unterstützt und erneut im Finanzprogramm des neuen 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 berücksichtigt.

3.3.1.2 1991/279; Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden; überwiesen am 01/06/1992

Nachdem die Finanz- und Kirchendirektion im Rahmen der vom Regierungsrat verabschiedeten Vernehmlassungsvorlage zu den GAP-Massnahmen eine Art "Strassenrechnung" publiziert hat, ist die Federführung zwingend an die FGD übergegangen. Der Regierungsrat kann (bzw. will und darf) nur eine "Strassenrechnung" veröffentlichen; dies wird abschliessend im Rahmen der GAP-Vorlage an den Landrat sein.

3.3.1.3 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Aufgrund der abgeschlossenen Studien werden als kurzfristige Verbesserung im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 Anpassungen am Busnetz (L 61, L 33) beantragt. Nach Vorliegen der entsprechenden Beschlüsse können die Planungsarbeiten aufgenommen werden.

3.3.1.4 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behinderten-gerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für RollstuhlfahrerInnen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Auf der Grundlage des gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeiteten Konzepts für einen behinderten- und betagtegerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr und der neuen eidg. Gesetzgebung, welche vor einem Jahr in Kraft gesetzt wurde, wird eine Revision der kantonalen Gesetzgebung in zeitlicher Abstimmung mit anderen Revisionsanliegen vorbereitet.

3.3.1.5 1996/035; Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen); überwiesen am 18/04/1996

Die im Postulat verlangte Zuweisung von Sonderabfällen aus BL in die regionale Sondermüllverbrennungsanlage (RSMVA) ist im heutigen Umfeld (freier "Markt" mit sehr grossen Preisunterschieden bei den Entsorgungsangeboten) nicht vertretbar, da die Firmen in BL gegenüber Firmen in andern Kantonen finanziell benachteiligt würden. Daher bemüht sich die RSMVA in Absprache mit den Kantonen, in erster Linie problematische Sonderabfälle mit guter Wertschöpfung aus der ganzen Schweiz und dem angrenzenden Ausland zu akquirieren. Gleichzeitig laufen Verhandlungen zwischen den Betreibern der RSMVA und den Kantonen über eine vorzeitige Vertragsauflösung, welche der Anlage grössere Freiheit bei ihrem Marktauftritt verschaffen und die Kantone von der Garantieleistungspflicht entbinden würde. Bis zur Klärung dieser Möglichkeit ist das Postulat stehen zu lassen, ohne dass aber zurzeit konkrete Schritte hinsichtlich Zuweisung angebracht sind.

3.3.1.6 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten; überwiesen am 25/09/1997

Der Kanton Solothurn lehnt eine Mitfinanzierung ab. Der Kanton Aargau lehnt die von der SBB vorgeschlagene S-Bahn Aarau-Olten ab. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.7 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Auf der Grundlage des gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeiteten Konzepts für einen behinderten- und betagteengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr und der neuen eidg. Gesetzgebung, welche vor einem Jahr in Kraft gesetzt wurde, wird eine Revision der kantonalen Gesetzgebung in zeitlicher Abstimmung mit anderen Revisionsanliegen vorbereitet.

3.3.1.8 1998/193; Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald; überwiesen am 04/03/1999

Wird mit dem Kantonalen Richtplan voraussichtlich im 2006 erledigt.

3.3.1.9 1999/255; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Das Projekt einer Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal ist noch nicht geprüft. Die Aufnahme in den kantonalen Richtplan ist gemäss Vor-

entwurf nur bis Pratteln/Zweiengasse vorgesehen. Die Vernehmlassung zum kantonalen Richtplan wird 2005 durchgeführt.

3.3.1.10 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental; überwiesen am 06/04/2000

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen, die als zweckmässig beurteilte Variante soll in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden.

3.3.1.11 2000/134; Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 21/09/2000

Für acht Bahnhöfe konnte die Besetzung beibehalten werden; für weitere zwei Bahnhöfe wird noch eine Lösung gesucht. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.12 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; überwiesen am 21/09/2000

Aufgrund von 2004 entschiedenen Rechtsverfahren mussten die Kompetenzen der Kommissionen und die Verfahrensabläufe 2004 nochmals überprüft werden. Das Postulat kann daher erst im 2005 beantwortet werden.

3.3.1.13 2000/269; Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal; überwiesen am 08/02/2001

Die Planungsarbeiten und der Variantenvergleich für das Verkehrskonzept Liestal zur Lösung der Verkehrsprobleme auf dem übergeordneten und lokalen Strassennetz sind abgeschlossen. Im Rahmen der Weiterbearbeitung sind noch einige fachliche Fragen zu klären und die Grundlagen für die Aufnahme des Konzepts in den kantonalen Richtplan zu schaffen.

3.3.1.14 2000/274; Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70; überwiesen am 22/02/2001

Der Kanton Basel-Stadt lehnte es bisher ab, die mit der Linienverlängerung verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Das Postulatanliegen wird unterstützt und erneut im Finanzprogramm des neuen Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 berücksichtigt.

3.3.1.15 2000/229; Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum; überwiesen am 05/04/2001

Im August 2004 wurde der Probebetrieb für die verlän-

gerte Linie 61 aufgenommen. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.16 2001/056; Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch; überwiesen am 05/04/2001

Aufgrund der Finanzlage des Kantons einerseits und der erwarteten geringen Nachfrage für die Linienverlängerung wird dieses Angebot nicht in den 5. Generellen Leistungsauftrag 2006 - 2009 aufgenommen. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.17 2000/197; Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen; überwiesen am 05/04/2001

Aufgrund der Finanzlage des Kantons einerseits und der erwarteten geringen Nachfrage für die Linienverlängerung wird dieses Angebot nicht in den 5. Generellen Leistungsauftrag 2006 - 2009 aufgenommen. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.18 2000/196; Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung; überwiesen am 05/04/2001

Im 2004 wurden Modellrechnungen zum Kostenverteilungsschlüssel durchgeführt und es wurde eine Arbeitsgruppe mit einer Vertretung der betroffenen Gemeinden (8 Mitglieder) zur Entwicklung von Lösungsansätzen für den Kostenverteilungsschlüssel eingesetzt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe als Grundlage für die Beantwortung des Postulats werden voraussichtlich 2005 vorliegen.

3.3.1.19 2001/112; Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung; überwiesen am 31/05/2001

Wird mit dem kantonalen Richtplan voraussichtlich im 2006 erledigt.

3.3.1.20 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen; überwiesen am 31/05/2001

Die Regelung der Quartierplanpflicht für publikumsintensive Anlagen im Richtplanverfahren wurde im Rahmen der Erstellung des kantonalen Richtplans verworfen. Voraussichtlich 2005 folgt der Antrag auf eine Gesetzesänderung zur Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe mit einer entsprechenden Landratsvorlage.

3.3.1.21 2001/111; Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"; überwiesen am

31/05/2001

Die Plangenehmigungsverfügung des Lärmsanierungsprojekts Muttenz/Birsfelden ist inzwischen rechtskräftig (Januar 2005). Die Realisierung aller Lärmschutzmassnahmen (auch für den Ablaufberg im Rangierbahnhof West) sollte innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden. Dann kann der "Euro-Hub" ab 2007 lärmschutzverordnungskonform betrieben und das Postulat abgeschrieben werden.

3.3.1.22 2001/129; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profils in der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 29/11/2001

Die Erstellung eines Öko-Effizienz-Profils zählt sich dann aus, wenn aus den gewonnenen Informationen neue Ziele für die Verwaltungssteuerung abgeleitet werden. Wir bearbeiten deshalb die Postulate 2001/129 und 2002/101 (vgl. unten) zusammen unter dem Projekttitel "Systematisierung des Umweltmanagements in den kantonalen Institutionen".

Aus analogen Arbeiten in der Bundesverwaltung (Projekt RUMBA: Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung) wissen wir, dass gut drei Viertel der betrieblichen Umweltbelastung von administrativen Betrieben vom Strom- und Wärmeverbrauch stammen. Mit der Weiterführung der Energiestatistik bei kantonalen Bauten und Anlagen erfüllt der Kanton Basel-Landschaft ein Kernelement der Postulate. Die weiteren Umsetzungsschritte und die Systematisierung des Umweltmanagements in der kantonalen Verwaltung werden noch geprüft.

3.3.1.23 2001/164; Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim); überwiesen am 29/11/2001

Leider konnte das Plangenehmigungsverfahren infolge Beschwerden gegen die BAV-Verfügung im Jahr 2004 noch nicht abgeschlossen werden.

3.3.1.24 2001/161; Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont; überwiesen am 29/11/2001

Der Regierungsrat hat dem UVEK den Ausbau der Einspurstrecke auf Doppelspur im Sachplan Verkehr beantragt. Der Entscheid ist noch hängig.

3.3.1.25 2001/251; Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse; überwiesen am 10/01/2002

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen, die als zweckmässig beurteilte Variante soll in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden. Für den H18-Anschluss Aesch wird zurzeit das Bauprojekt ausgearbeitet und eine Kreditvorlage für 2006 an den Landrat vorbereitet.

3.3.1.26 2001/290; Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit; überwiesen am 19/09/2002

Zurzeit werden die Beleuchtungsrichtlinien für Kantonsstrassen überarbeitet. Die aktualisierte Beleuchtungsrichtlinie liegt nun im Entwurf vor. In diesem Zusammenhang wird - unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte - auch der Einsatz von stromsparenden Leuchten geprüft. Es ist geplant, die Richtlinie vor Ende 2005 in Kraft zu setzen.

3.3.1.27 2002/003; Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs; überwiesen am 17/10/2002

Im 2004 wurden Modellrechnungen zum Kostenverteilungsschlüssel durchgeführt und es wurde eine Arbeitsgruppe mit einer Vertretung der betroffenen Gemeinden (8 Mitglieder) zur Entwicklung von Lösungsansätzen für den Kostenverteilungsschlüssel eingesetzt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe als Grundlage für die Beantwortung des Postulats werden voraussichtlich 2005 vorliegen.

3.3.1.28 2002/051; Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck; überwiesen am 14/11/2002

Durch Regierungsratsbeschluss wurde per 12. Dezember 2004 ein einjähriger Probetrieb bewilligt. Es ist geplant, das Postulat im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 abzuschreiben.

3.3.1.29 2002/101; Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO₂-Zielvorgaben; überwiesen am 12/12/2002

Die Erstellung eines Öko-Effizienz-Profiles zählt sich dann aus, wenn aus den gewonnenen Informationen neue Ziele für die Verwaltungssteuerung abgeleitet werden. Wir bearbeiten deshalb die Postulate 2001/129 und 2002/101 (vgl. unten) zusammen unter dem Projekttitel "Systematisierung des Umweltmanagements in den kantonalen Institutionen".

Aus analogen Arbeiten in der Bundesverwaltung (Projekt RUMBA: Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung) wissen wir, dass gut drei Viertel der betrieblichen Umweltbelastung von administrativen Betrieben vom Strom- und Wärmeverbrauch stammen. Mit der Weiterführung der Energiestatistik bei kantonalen Bauten und Anlagen erfüllt der Kanton Basel-Landschaft ein Kernelement der Postulate. Die weiteren Umsetzungsschritte und die Systematisierung des Umweltmanagements in der kantonalen Verwaltung werden noch geprüft.

3.3.1.30 2002/074; Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen; überwiesen am 09/01/2003

LR-Vorlage wird auf den 18.01.2005 dem Regierungsrat zur Genehmigung und Weiterleitung an den Landrat vorgelegt, darin wird die Abschreibung beantragt. [LRV 2005/021]

3.3.1.31 2002/200; Postulat von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Öffentliche Beschaffungen im Baselbiet; überwiesen am 20/02/2003

Es ist geplant, im ersten Quartal 2005 dem Landrat einen Bericht betr. Beschaffungswesen unter dem Beschaffungsrecht seit 1.2.2000 vorzulegen, in welchem u.a. auch auf die Anliegen aus diesem Postulat eingegangen wird.

3.3.1.32 2002/197; Postulat von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Statistische Auswertung der kantonalen Beschaffung; überwiesen am 20/02/2003

Es ist geplant, im ersten Quartal 2005 dem Landrat einen Bericht betr. Beschaffungswesen unter dem Beschaffungsrecht seit 1.2.2000 vorzulegen, in welchem u.a. auch auf die Anliegen aus diesem Postulat eingegangen wird.

3.3.1.33 2003/081; Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton; überwiesen am 30/10/2003

Arbeiten im Gange. Durch den Verzicht auf Tropenholz kommt das Hochbauamt der Postulatsforderung, kein Urwaldholz aus Raubbau zu verwenden, schon seit längerem nach. Eine Förderkampagne zur Steigerung der Recyclingpapierquote ist angelaufen. Bereits erstellt ist dazu ein Flyer "Recyclingpapier überzeugt" (in Zusammenarbeit mit der IGÖB, Interessengemeinschaft ökologische Beschaffung Schweiz, einem Zusammenschluss von Kantonen und Städten). Nun soll u.a. noch geprüft werden, ob die Recyclingpapierquote entscheidend gesteigert werden kann mit der Beschaffung eines Recyclingpapiers mit hohem Weissegrad (ISO 80%).

3.3.1.34 2003/038; Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr; überwiesen am 30/10/2003

Wird mit dem Kantonalen Richtplan voraussichtlich im 2006 erledigt.

3.3.1.35 2000/088; Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental; überwiesen am 21/09/2000

Ein Bericht wird der Bau- und Planungskommission bis Ende Februar 2005 zugestellt.

3.3.1.36 2002/015; Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbebezonen im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 17/10/2002

Eine Vorlage wird im 1. Quartal 2005 an den Landrat überwiesen.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergertunnel. Dem 2. Jura-durchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Der Bundesrat beabsichtigt, für die Jahre 2007/08 eine Vernehmlassungsvorlage zur zukünftigen Entwicklung der Bahn-Grossprojekte und der trinationalen Langfristplanung für den Knoten Basel ausarbeiten zu lassen. Die vor zwei Jahren begonnene Lobbying-Arbeit muss wieder aufgenommen und intensiviert werden. Entsprechende Entscheide werden jedoch frühestens ab 2009 erwartet.

3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 1994/169; Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"; überwiesen am 20/10/1994

Die Vorlage zum Postulat erfolgt im 1. Quartal 2005.

3.4.1.2 1994/175; Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs - Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration; überwiesen am 20/10/1994

Die Vorlage zum Postulat erfolgt im 1. Quartal 2005.

3.4.1.3 1995/159; Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980; überwiesen am 05/02/1996

Ein Entwurf liegt vor. Die Vorlage wird im ersten Semester 2005 zur Vernehmlassung unterbreitet.

3.4.1.4 1999/201; Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis; überwiesen am 13/01/2000

Die Vorlage zum Postulat wird im 1. Semester 2005 erfolgen.

3.4.1.5 1999/185; Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht; überwiesen am 27/01/2000

Zur Zeit wird eine eidgenössische Zivilprozessordnung erarbeitet. Die Ergebnisse dieser Reform auf Bundesebene sollen abgewartet werden, damit der Reformbe-

darf auf kantonaler Ebene schlüssig beurteilt werden kann.

3.4.1.6 1999/137; Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen; überwiesen am 10/02/2000

Die Vorlage zum Postulat erfolgt im 1. Semester 2005.

3.4.1.7 2001/003; Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche; überwiesen am 26/04/2001

Die Vorlage zum Postulat erfolgt im 1. Semester 2005.

3.4.1.8 2001/167; Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?; überwiesen am 29/11/2001

Die Vorlage zum Postulat erfolgt im 1. Semester 2005.

3.4.1.9 2001/073; Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr; überwiesen am 29/11/2001

Derzeit wird ein Konzept für ein Kursangebot erarbeitet. Dieses soll dem Landrat in Form einer Vorlage zum Postulat vorgelegt werden, sobald es bereinigt ist. Vorgesehen ist, das Konzept per 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen.

3.4.1.10 2001/163; Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips; überwiesen am 10/01/2002

Die Arbeiten zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips werden im ersten Quartal 2005 aufgenommen.

3.4.1.11 2002/050; Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren; überwiesen am 23/01/2003

Eine Vorlage zum Postulat wird im 2. Quartal 2005 dem Landrat unterbreitet.

3.4.1.12 2002/032; Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman; überwiesen am 23/01/2003

Der Vorstoss wird bearbeitet, sobald feststeht, ob und in welcher Form die Funktion des Ombudsman fortbesteht.

3.4.1.13 2003/019; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons; überwiesen am 27/11/2003

Der Vorstoss wird bearbeitet und eine Vorlage dazu im März 2005 dem Landrat unterbreitet.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 2001/090; Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz); überwiesen am 20/09/2001

Am 10. August 2004 hat der Regierungsrat eine Vorlage zum Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung in die Vernehmlassung geschickt. Die Frist ist am 15. November 2004 abgelaufen. Das Geschäft soll im ersten Semester 2005 dem Landrat unterbreitet werden.

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 1990/118; Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979; überwiesen am 07/05/1992

Das Postulat "Rüetschi" kann bei einer Verabschiedung (voraussichtlich Jan/Feb.05) der in Überarbeitung stehenden Landratsvorlage "Übernahme Sekundarschulbauten" abgeschrieben werden.

3.5.1.2 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Landratsvorlage erfolgt im 1. Quartal 2005

3.5.1.3 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000

Das in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt erarbeitete Projekt wird im Laufe von 2005 zusammen mit anderen zwingenden Projekten spruchreif; angesichts der finanziellen Dimensionen wird grundsätzlich über den Erhalt der kantonseigenen Ruinen diskutiert werden müssen.

3.5.1.4 2001/168; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen; überwiesen am 10/01/2002

In Bearbeitung/Abklärung.

3.5.1.5 2001/300; Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung; überwiesen am 12/09/2002

Eine Landratsvorlage ist für das 1. Quartal 2005 vorgesehen.

3.5.1.6 2002/282; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. November 2002: Fremdplatzierung von

Kindern in Gastfamilien; überwiesen am 08/05/2003

Das Postulat wird mit der Landratsvorlage zur Revision des Pflegekinderrechtes behandelt. Die Vorlage ist in Vernehmlassung und kommt im 1. Halbjahr 2005 in den Landrat.

3.5.1.7 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Das Postulat wird mit der Landratsvorlage zur Revision des Pflegekinderrechtes behandelt. Die Vorlage ist in Vernehmlassung und kommt im 1. Halbjahr 2005 in den Landrat.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 1998/112; Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz; überwiesen am 06/06/2002

Ein "Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft" ist in Bearbeitung. Ein entsprechendes Mandat hat der Vorsteher der Bildungsdirektion Ende 04 der Fachstelle Erwachsenenbildung erteilt. Gemäss Zeitplan wird das Konzept bis Ende 05 an die BKSD zuhanden der politischen Entscheidungsträger eingereicht.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 1998/221; Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte; überwiesen am 15/04/1999

Aufgrund der Gewaltentrennung wurden ab ca. Mitte 2003 sämtliche Postulate, Motionen und Interpellationen, die die Judikative betreffen, zur Behandlung an das am 1.4.02 geschaffene Kantonsgericht überwiesen. Da die Geschäftsleitung in der ersten Phase mit dem Neuaufbau des Kantonsgerichts und der Reorganisation der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden beschäftigt war, hat die Bearbeitung der hängigen Vorstösse etwas länger gedauert. Das Postulat von Peter Brunner befindet sich mittlerweile in Bearbeitung.

3.6.1.2 2002/078; Postulat von Esther Maag vom 14. März 2002: Verhaltenskodex; überwiesen am 30/10/2003

Das Gesamtgericht hat am 3. Mai 2004 einen Verhaltenskodex verabschiedet, dem sich alle Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter unterziehen. Er wurde auch den Erstinstanzpräsidien zugestellt, mit der

Bitte, diesen Kodex mit ihren Richterinnen und Richtern zu diskutieren, da ein Ehrenkodex eine Selbstverpflichtung ist und deshalb nicht aufgezwungen werden kann.

Die entsprechende Beantwortung des Postulats von Esther Maag liegt im Entwurf vor und wird in den nächsten Wochen der Landeskanzlei zugestellt.

3.6.2 Motionen

Keine

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 1. Februar 2005

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Ballmer
der Landschreiber: Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber per Stichtag 31.12.2004 noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)

Bis 31. Dezember 2004 erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)

1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	2004/238
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	2003/228
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	2003/033
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	2004/332
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei ärztlicher Selbstdispensation	2004/181
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	2004/234
1998/259	Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr	2003/115
1999/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	2004/238
1999/215	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	2004/164
1999/216	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Schaffung von Strukturen für die Koordination nach innen und den gemeinsamen Auftritt nach aussen, die dem Kanton Basel-Landschaft eine optimale touristische Weiterentwicklung ermöglichen	2003/101
1999/217	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Erarbeitung einer Wertschöpfungsstudie als Grundlage für die Optimierung der touristischen Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft	2003/101
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	2002/223
2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	2004/332
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	2004/330
2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	2004/164
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	2005/002
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	2004/164
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen	2005/021
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher	2005/004
2002/193	Motion von Madeleine Göschke vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabakwaren	2005/004
2002/194	Motion von Agathe Schuler vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabak und Alkoholgetränke auf Plakatwänden	2005/004
2002/230	Postulat von Dieter Völlmin vom 19. September 2002: Vermeidung der Mehrfachbestrafung bei SVG-Verstössen	2004/331
2002/302	Postulat von Eric Nussbaumer vom 28. November 2002: Bekanntmachung der KandidatInnen bei der Urnenwahl von RichterInnen	2004/228
2002/305	Postulat von Ernst Thöni vom 28. November 2002: Änderung des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuern Steuerrabatt für Hybrid - Fahrzeuge (Mitbericht FKD)	2003/115
2003/020	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Bessere Vernetzung bei der Bekämpfung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität	2004/251

2003/065	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: "wie weiter 2" - subito!	2004/254
2003/066	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: Lehrstellenoffensive	2004/253
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	2004/292
2003/134	Postulat der Justiz- und Polizeikommission vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude	2004/182
2003/165	Postulat von Rudolf Keller vom 1. Juli 2003: Rechtliche Regelung des 1. August	2004/096
2003/220	Postulat von Dieter Völlmin vom 18. September 2003: Verkehrssicherheit durch Verkehrserziehung	2004/252
2003/255	Motion von Dieter Völlmin vom 30. Oktober 2003: Rückzug der Standesinitiative zur gesetzlichen Neuregelung von Cannabisprodukten	2003/255
2003/293	Motion von Hanspeter Frey vom 27. November 2003: Kein vorzeitiger Ausstieg aus dem Pilotprojekt DEEP HEAT MINING	2004/188
2003/294	Motion von Madeleine Göschke vom 27. November 2003: Basellandschaftliche Beteiligung am Basler Goethermie-Projekt	2004/188
2003/311	Motion der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Förderabgabe zur Finanzierung der sich aus dem Energiegesetz ergebenden finanziellen Verpflichtungen	2004/187